

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

CSU und Kanzlerin haben Bruch des Koalitionsvertrages zu verantworten

*Zum Scheitern des Umweltgesetzbuches (UGB) erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber** und der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion **Matthias Miersch**:*

Herr Seehofer sollte keine Legenden aufbauen: Für das Scheitern des UGB sind alleine die bayerische Staatsregierung und die Kanzlerin verantwortlich, die ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden ist.

Die Nach-vorne-Verteidigung, dem Umweltminister die Schuld zuzuschieben, wird nicht funktionieren. Dafür gibt es klare Beweise: Die integrierte Vorhabengenehmigung (iVG) wurde ausdrücklich als Ziel in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Sie hätte zu wesentlichen Erleichterungen bei der Genehmigung von Anlagen geführt. Bürokratische Hemmnisse wären durch die Zusammenführung mehrerer Genehmigungsverfahren abgebaut worden. Nach Berechnungen der Bundesregierung bestätigt durch den Normenkontrollrat - wären Bürokratiekosten in Höhe von 27,2 Millionen Euro jährlich eingespart worden. Der Normenkontrollrat hat sich am 15. Januar 2009 noch einmal ausdrücklich an das Bundeskanzleramt gewendet, um den Vorwürfen der CSU klar entgegenzutreten.

Bereits im November 2007 lag der Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums vor, im Juni 2008 fanden mehrtägige Länder- und Verbändeanhörungen statt. Darüber hinaus gab es zahlreiche Workshops zum Umweltgesetzbuch und praxisnahe Planspiele zur iVG, die Effizienzgewinne belegten. Minister Gabriel und sein Ministerium haben diesen Abstimmungsprozess stets moderiert, Anregungen aufgenommen, Kompromisslösungen mit Verbänden, Ländern und Ressorts gefunden.

Auch hunderte Änderungsanträge der CSU-Ressorts wurden noch einmal eingearbeitet, so dass schließlich im November 2008 alle Ministerien die integrierte Vorhabengenehmigung unterstützten. Auch 15 Bundesländer - außer Bayern - unterstützen den Entwurf.

Anfang Dezember 2008 forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut knapp 30 Änderungen, von denen das Umweltministerium die meisten übernahm - zum Teil mit großen Bedenken. Mitte Dezember 2008 legte die Union noch einmal mit weiteren Änderungsanträgen nach, die sich gegen die Substanz des UGB - die integrierte Vorhabengenehmigung - wendeten.

Die Kanzlerin sah diesem Treiben tatenlos zu. Dass sie jetzt das Scheitern der iVG und den Bruch des Koalitionsvertrages lediglich zur Kenntnis nimmt, spricht Bände.

Hätte sie von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und Durchsetzungskraft gezeigt, hätte eines der größten Vorhaben der Koalition vielleicht noch realisiert werden können. Jetzt muss sie der Wirtschaft erklären, warum sie sich weiterhin durch den komplizierten Genehmigungsdschungel kämpfen müssen. Und sie wird erklären müssen, warum Deutschland durch die nun drohende nationale Rechtszersplitterung das europäische Umweltrecht nur noch schwer beeinflussen kann. Wer Verträge bricht, ist in der Regel zu Schadenersatz verpflichtet.